

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Birgit Stöver, Prof. Dr. Götz Wiese,
Dennis Thering, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hochschulen eine Öffnungsperspektive bieten

An den Hamburger Hochschulen finden Lehrveranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie ausschließlich digital statt. Auch für das Sommersemester 2021 plant beispielsweise die Universität Hamburg überwiegend mit einem digitalen Lehrangebot, Präsenzlehre werde eher die Ausnahme bleiben (vergleiche <https://www.uni-hamburg.de/newsroom/intern/2020/0131-corona-faq/20210119-vp2-an-studierende-pruefungen-planung-2021.pdf>). Dies ist für Beschäftigte und auch Studierende längerfristig eine Belastung. Nicht nur, dass in einigen Studiengängen gerade praktische Kurse essenziell sind, beispielsweise in der Zahnmedizin, sondern auch, dass auf Dauer Austausch und kritische Diskussion, gemeinsames Lernen und gegenseitige Unterstützung viel zu kurz kommen. Dies wird nicht nur den Erfolg des Studiums beeinflussen, sondern kann auch zu Vereinsamung und psychischen Problemen führen.

Daher sollte der rot-grüne Senat aus Sicht der CDU-Fraktion bei allen seinen Überlegungen hinsichtlich eines Corona-Stufenplans auch die Hochschulen in den Blick nehmen. Sie sind ebenfalls zentrale Bildungseinrichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg und sollten daher im Öffnungsprozess entsprechend berücksichtigt werden. Rot-Grün sollte Hochschulen frühzeitig eine Öffnungsperspektive bieten und auch bei den Hochschulen Stufen zu mehr Präsenz vorsehen. Dem Öffnungsprozess sollten vorrangig Kriterien zugrunde gelegt werden, wie die Belegung praktischer Kurse, der Zugang zu Präsenzveranstaltungen für Erst- und Zweitsemesterstudierende sowie abschlussrelevante Prüfungen. In diesem Öffnungsprozess müssen zudem die hochschulspezifischen Gegebenheiten individuell berücksichtigt werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. bei einem Corona-Stufenplan auch alle Hamburger Universitäten und Hochschulen von Beginn an zu berücksichtigen und frühzeitig eine Öffnungsperspektive zu bieten;
2. auf die Universitäten und Hochschulen einzuwirken, einen Stufenplan für mehr Präsenz zu entwickeln;
3. dem Öffnungsprozess vorrangig Kriterien zugrunde zu legen, wie die Belegung praktischer Kurse, die Möglichkeit, „angefangene“ praktische Kurse zeitnah zu beenden, der Zugang zu Präsenzveranstaltungen für Erst- und Zweitsemesterstudierende sowie abschlussrelevante Prüfungen;
4. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2021 zu berichten.